EUROPA 12.05.2026 | Cristian Chiscop

Spiel mit dem Feuer

Sozialen Kahlschlag unterstützen oder mit Rechten stimmen: Rumäniens Sozialdemokraten stecken in einem Dilemma, das vielen Parteien in Europa droht.

Rumänien gerät ausgerechnet in einer Phase, in der Stabilität dringend benötigt wird, in neue politische und wirtschaftliche Turbulenzen. Die Entlassung des Kabinetts von Ministerpräsident Ilie Bolojan durch ein Misstrauensvotum, das gemeinsam von den Sozialdemokraten (PSD) und der rechtsextremen Allianz für die Union der Rumänen (AUR) initiiert wurde, hat die zunehmende Fragilität der pro-europäischen Koalition Rumäniens offenbart. Dieser Schritt schockierte das politische Establishment, da die PSD eine Regierungskoalition mit den Nationalliberalen (PNL) gebildet hatte. Monatelang hatte die PSD darauf bestanden, dass eine Zusammenarbeit mit der AUR nicht infrage komme. Doch Politisches Kalkül und strategische Überlegungen haben die Sozialdemokraten zu einem riskanten Kurs bewegt. Die aktuelle Krise in Rumänien ist nicht nur eine nationale Angelegenheit. Sie spiegelt ein umfassenderes europäisches Dilemma wider.

Viele Beobachter bezeichneten die Abstimmung sofort als Zusammenbruch der Brandmauer um die rechtsextreme AUR. Tatsächlich bröckelt diese aber schon seit Jahren. Im Jahr 2021 versuchte die reformistische Partei USR, mit Unterstützung der AUR eine von der PNL geführte national-liberale Regierung zu stürzen – die traurige Ironie dabei ist, dass nun dieselbe USR Ilie Bolojan gegen die Sozialdemokraten unterstützt. Was die aktuelle Entwicklung so bedeutend macht, ist nicht nur die parlamentarische Zusammenarbeit mit Extremisten, sondern das politische Gewicht des Akteurs, der sich daran beteiligt. Die sozialdemokratische PSD bleibt die größte Partei des Landes und eine zentrale Säule des politischen Systems Rumäniens. Ihre Bereitschaft zur taktischen Zusammenarbeit mit der AUR trägt zur Normalisierung nationalistischer Rhetorik innerhalb der Mainstream-Politik bei.

Die pro-europäische Koalition war nie eine Koalition aus

Die derzeitige pro-europäische Koalition war nie eine Koalition aus Überzeugung. Es war eine Koalition, die nach den turbulenten Wahlen von 2024 aus Schwäche und Notwendigkeit

heraus entstanden war. Sowohl die PSD als auch die PNL erzielten historisch schlechte Ergebnisse, während die extreme Rechte einen Aufschwung erlebte. Die Verfassungskrise, die durch die Annullierung der Präsidentschaftswahlen nach Vorwürfen rund um die Kandidatur des souveränistischen Außenseiters Călin Georgescu ausgelöst worden war, vertiefte das Misstrauen der Öffentlichkeit gegenüber den Institutionen nur noch weiter. Obwohl Nicușor Dans letztendlicher Wahlsieg gegen AUR-Chef George Simion die Voraussetzungen für eine breite pro-europäische parlamentarische Mehrheit schuf, blieb die darauf folgende Koalition im Grunde defensiver Natur. Ihr vorrangiges Ziel war nicht politischer Wandel, sondern Eindämmung: zu verhindern, dass souveränistische Kräfte an die Macht gelangen.

Diese Logik prägte die Regierung seither. Angesichts zunehmenden fiskalischen Drucks, des Drucks der Finanzmärkte und europäischer Forderungen nach Haushaltskonsolidierung verfolgte die Koalition ein zunehmend aggressives Sparprogramm. Die Mehrwertsteuer stieg von 19 auf 21 Prozent, Sozialleistungen wurden gekürzt, und Reformen im Gesundheits- und Bildungswesen trafen einkommensschwache Gruppen unverhältnismäßig stark. Die Verwaltungsumstrukturierung betraf fast 19 000 Stellen im öffentlichen Dienst, während auch die Kommunen von pauschalen Kürzungen betroffen waren.

Die Regierung Bolojan stellte diese Maßnahmen als notwendige, verantwortungsvolle Schritte dar, die darauf abzielten, die fiskalische Glaubwürdigkeit des Staates wiederherzustellen und den Staat zu stabilisieren. Gerade hier jedoch wird die Krise Rumäniens Teil eines größeren europäischen Problems. In ganz Europa verstehen pro-europäische Regierungen Stabilität zunehmend vor allem in fiskalischen und technokratischen Kategorien. Wirtschaftliche Disziplin, Haushaltskonsolidierung und steigende Verteidigungsausgaben werden als unvermeidbare Notwendigkeiten behandelt, die wenig Raum für Umverteilungsmaßnahmen oder soziale Investitionen lassen. Während solche Maßnahmen die Märkte und die europäischen Institutionen kurzfristig möglicherweise beruhigen, vertiefen sie oft die politische Entfremdung unter wirtschaftlich benachteiligten Gruppen.

Im Zentrum des Konflikts in Rumänien steht eine grundlegende

Meinungsverschiedenheit bezüglich dieses Regierungsmodells. Bolojan und die liberal-konservative PNL befürworten eine rasche Haushaltsstabilisierung durch umfassende Ausgabenkürzungen in staatlichen Institutionen und Verwaltungsstrukturen. Ihrer Ansicht nach sind Rumäniens strukturelle Schwächen in erster Linie auf ineffiziente Ausgaben, Korruption, klientelistische Netzwerke sowie eine überdimensionierte und verschwenderische Bürokratie zurückzuführen.

Die sozialdemokratische PSD argumentiert dagegen, dass Rumäniens tieferes Problem in chronischer Unterinvestition, schwachen öffentlichen Dienstleistungen und einer ungleichen Verteilung von Ressourcen liege. Die Sozialdemokraten unterstützten zunächst Teile der Agenda zur Haushaltskonsolidierung, warnten jedoch zunehmend davor, dass eine dauerhafte Sparpolitik den ohnehin schon fragilen Sozialstaat aushöhlen könnte. Die PSD blieb zudem die einzige wichtige Stimme innerhalb der Regierungskoalition, die auf Maßnahmen wie die Anhebung des Mindestlohns bestand, um einen Teil der sozialen Kosten der Anpassung auszugleichen.

Dieser Streit offenbart mehr als nur einen taktischen Koalitionskonflikt. Er legt das strategische Dilemma offen, mit dem viele europäische sozialdemokratische Parteien derzeit konfrontiert sind. Einerseits steht die PSD unter dem Druck europäischer Partner, der Finanzmärkte und des allgemeinen geopolitischen Klimas, Haushaltsdisziplin, Haushaltskonsolidierung und höhere Verteidigungsausgaben zu unterstützen. Rumäniens Verpflichtungen im Rahmen der NATO und der Europäischen Union lassen nur wenig Spielraum für eine expansive Ausgabenpolitik.

Andererseits birgt die vollständige Übernahme einer dauerhaften Sparpolitik die Gefahr, die Grundlagen der politischen Identität der PSD zu untergraben. Historisch gesehen hat die Partei ihre Unterstützung von Rentnern, Beschäftigten im öffentlichen Dienst, einkommensschwachen Haushalten und von wirtschaftlich schwächeren Regionen bezogen, die von öffentlichen Investitionen und sozialer Absicherung abhängig sind. Wenn sozialdemokratische Parteien sich die Logik technokratischer Haushaltskürzungen vollständig zu eigen machen, laufen sie Gefahr, die Fähigkeit zu verlieren, eine glaubwürdige soziale Alternative zu formulieren.

Dieser Widerspruch hilft, die zunehmend ambivalente Positionierung der PSD zu erklären. Die Partei möchte eine glaubwürdige Regierungskraft innerhalb des pro-europäischen Konsenses bleiben und gleichzeitig verhindern, dass die rechtsextreme AUR die soziale Unzufriedenheit für sich monopolisiert. Die Sozialdemokraten laufen

Gefahr, dass sie durch eine zu enge Assoziierung mit Sparpolitik und Haushaltsorthodoxie die Erosion ihrer eigenen Wählerbasis beschleunigen und gleichzeitig genau jene systemkritischen Kräfte stärken könnten, die sie einzudämmen versuchen.

Der Aufstieg der Rechtsextremen lässt sich nicht allein durch Nationalismus oder kulturellen Konservatismus erklären.

Der Aufstieg der AUR lässt sich daher nicht allein durch Nationalismus oder kulturellen Konservatismus erklären. Wirtschaftliche Unsicherheit, Misstrauen gegenüber politischen Eliten und Frustration über technokratische Regierungsführung sind ebenfalls wichtige Faktoren. Je mehr pro-europäische Koalitionen Politik in erster Linie über Haushaltsdisziplin und Krisenmanagement definieren, desto leichter fällt es souveränistischen Akteuren, sich als Verteidiger der einfachen Bürger gegen eine abgehobene Elite zu präsentieren.

Die rumänische Politik ist zunehmend von kurzfristigem Risikomanagement geprägt. Die Parteien eskalieren Risiken gerade deshalb, weil ihnen kohärente politische Projekte fehlen, die das soziale Vertrauen wiederherstellen könnten. Koalitionen werden defensiv gebildet, Regierungen überleben durch taktische Kompromisse, und auf Krisen wird lediglich reagiert, statt sie politisch zu lösen. Das Ziel ist stets die unmittelbare Stabilisierung: die Märkte beruhigen, parlamentarische Mehrheiten sichern, Extremisten in Schach halten und europäische Partner zufriedenstellen.

Den strukturellen Problemen, die die demokratische Legitimität weiterhin untergraben, wird jedoch kaum Beachtung geschenkt: regionale Ungleichheit, schwache Institutionen, schwindendes Vertrauen in politische Parteien, demografischer Rückgang und die Unfähigkeit des Staates, effektive öffentliche Dienstleistungen bereitzustellen. Die Gefahr besteht nun nicht mehr nur in der Instabilität der Regierung. Vielmehr besteht die Gefahr, dass wiederholte Zyklen aus Sparmaßnahmen, Konflikten innerhalb der Elite und technokratischem Krisenmanagement das Wachstum systemkritischer und souveränistischer Kräfte weiter befeuern.

Die Ironie ist bemerkenswert. Rumäniens pro-europäische Koalition wurde gegründet, um genau solche Entwicklungen zu verhindern. Doch durch ihre internen Widersprüche, ihren strategischen Zynismus und ihre Unfähigkeit, eine überzeugende gemeinsame gesellschaftliche Vision zu formulieren, könnte sie letztlich genau jene Kräfte stärken, die sie eigentlich eindämmen sollte.



Cristian Chiscop
Bukarest

Cristian Chiscop ist Programmkoordinator im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Rumänien und ist zuständig für den internationalen Dialog sowie politische Bildungsprogramme.